

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Professor Monika Ganseforth MdB plädiert für eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der neuen türkischen Regierung.

Seite 1

Björn Engholm würdigt die politische Arbeit des AvS-Vorsitzenden Heinz Putzrath.

Seite 2

Dr. Liesel Hartenstein MdB nennt Eckpunkte für einen ökologieverträglichen Aufbau in Ostdeutschland: Modell Ostdeutschland - ein Zukunftsentwurf. (Teil II und Schluß)

Seite 3

46. Jahrgang / 236

11. Dezember 1991

Neuanfang in der Türkei

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muß intensiviert werden

Von Professor Monika Ganseforth MdB
Stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Türkischen
Parlamentariergruppe

Das Ergebnis der Wahlen in der Türkei hat keiner Partei eine eindeutige Mehrheit gebracht. Daß Süleyman Demirels Partei des rechten Weges und Erdal İnönüs sozialdemokratische SHP den großen Schritt aufeinander zugegangen sind und eine Regierung bilden, ist ein Schritt staatspolitischer Verantwortung. Die Koalitionsvereinbarungen und die Regierungserklärung zeigen, daß die Partner entschlossen sind, sich dem europäischen Standard in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und auf Demokratisierung anzunähern.

Auch die Unterdrückung der Kurden soll beendet werden. Sie sollen ebenso wie andere Minderheiten ihre Muttersprache, Kultur, Folklore und Religion pflegen können. Allerdings wird es noch lange dauern, bis die Lage im kurdischen Gebiet der Türkei normalisiert ist. Jahrelanger Terror hat zu einer Eskalation der Gewalt auf beiden Seiten geführt. Die PKK wendet terroristische Methoden an. Die Regierung wird viel Fingerspitzengefühl und Geduld brauchen, und es wird auch immer wieder Rückschläge geben. Die Regierung braucht für diese schwierige Aufgabe Unterstützung. Wir sollten alles tun, was in unserer Macht steht, damit der Neuanfang gelingt.

Ein positives Zeichen hat die Regierung gesetzt: Sie hat das Gefängnis in Eskisehir mit seinen über 200 unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebrachten Menschen aufgelöst und die Häftlinge in andere Gefängnisse überführt.

Das ist anzuerkennen und es ist zu wünschen, daß uns weiterhin positive Meldungen aus der Türkei erreichen. Auch der zweite Schwerpunkt der Regierungspolitik, die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, verlangt große Anstrengungen. Militärhilfe aus der Bundesrepublik ist nicht das, was auf der Tagesordnung steht. Aber wirtschaftliche Zusammenarbeit auf vielen Feldern könnte der Regierung helfen.

Auch wenn Probleme wie zum Beispiel die Zypernfrage noch von einer Lösung entfernt sind, ist die Entwicklung, die in der Türkei auf vielen Gebieten eingeleitet wurde, ein hoffnungsvoller Neuanfang in diesem wichtigen Land.

(-/11. Dezember 1991/st/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Leinwandgedruckt
100% recyceltes Papier
Kreuzlinien-Paper



Ein Kämpfer gegen Gleichmut und Vergesslichkeit

Zum 75. Geburtstag von Heinz Putzrath

Von Björn Engholm
SPD-Vorsitzender

Es wäre schon verdienstvoll genug, wenn die "Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten" ihre Aufgabe einzig und allein darin sähe, möglichst vielen Menschen - vor allem den jüngeren - die historischen Erfahrungen aus dem Widerstand gegen die Nazi-Diktatur weiterzugeben und sie zu demokratischer Wachsamkeit aufzurufen. Aber Heinz Putzrath, dessen 75. Geburtstag wir am 12. Dezember feiern, schaut immer auch nach vorn - mahnend, fordernd, ein Kämpfer gegen Gleichmut und Vergesslichkeit. Für dieses Engagement, diesen Willen zur Einmischung in die Diskussion auch ganz aktueller Fragen, haben wir dem langjährigen Vorsitzenden der AvS herzlich zu danken. Auch dafür, daß er und die anderen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft durch ihr persönliches Erleben der Öffentlichkeit Geschichte und Geschehnisse verfolgter Sozialdemokraten in Erinnerung rufen.

Heinz Putzrath, 1916 in Breslau als Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren, gehörte wie Fritz Erler, Heinz Kühn und viele andere bekannte Sozialdemokraten zur sozialistischen Jugendbewegung der Weimarer Republik, war in den letzten Jahren vor 1933 Mitglied des deutsch-jüdischen Wanderbundes und des Sozialistischen Schülerbundes. 1934 mußte er emigrieren und war 1943 bis 1946 in Großbritannien Vorsitzender der "Sozialistischen Jugend" innerhalb der "Union Deutscher Sozialistischer Organisationen". 1946, nach seiner Rückkehr nach Deutschland, wurde er Leiter der Auslandsabteilung beim Vorstand der SPD in Hannover und Bonn. 14 Jahre lang hat er diese Tätigkeit ausgeübt. Er war von 1947 bis 1951 Vorsitzender der Jungsozialisten in Hannover und von 1960 bis 1968 Vorstandsmitglied der "Weltweiten Partnerschaft", von 1969 bis 1981 Leiter der Abteilung "Außerschulische Bildung" der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Seit 1981 ist er Mitglied im Vorstand der AvS, seit 1983 ihr Bundesvorsitzender.

"Die Arbeit der AvS verharnt nicht im Blick zurück", hat Willy Brandt vor fünf Jahren gesagt. "Dort, wo es um aktuelle Auseinandersetzungen geht, können wir auf ihren Rat zurückgreifen." So sind denn auch die Forderungen, die Heinz Putzrath und mit ihm die gesamte AvS formuliert, nach diesem Herbst der schrecklichen Anschläge auf Asylbewerber besonders akut und dringlich. Da wird eine Sozialpolitik eingeklagt, die vordringlich die Wohnungsnot und die Erwerbslosigkeit in Ballungsräumen verringern hilft. Verlangt wird eine offensive Aufklärungskampagne gegen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und andere rassistische Vorurteile. Die AvS warnt vor der Verharmlosung rechtsradikaler Gruppierungen. Sie wünscht sich mehr Informationen in den Medien und in den Schulen wie auch in Einrichtungen der Erwachsenenbildung über das Entstehen des Naziregimes und seine Folgen. Und Heinz Putzrath erinnert an die Wurzeln unseres Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte: "Menschen, die im NS-Staat verfolgt wurden, wissen, daß das Verlassen der Heimat oft die letzte Möglichkeit war, ihr Leben zu retten. Daher hat das Grundgesetz der Bundesrepublik das Recht auf politisches Asyl festgeschrieben. Daran darf nicht gerüttelt werden."

Wir haben Anlaß genug, diese schlichten Sätze denen ins Stammbuch zu schreiben, die zur Zeit eben dieses Grundrecht aufs Spiel setzen.

"Was uns erregt", so sagte Willy Brandt vor einigen Jahren, "ist ja nicht in erster Linie das Geschwätz einiger Unbelehrbarer an Stammtischen und andernorts. Es handelt sich vor allem um eine Tendenz, die in Richtung eines beschönigenden Umschreibens deutscher Geschichte geht. Auch darum, daß jene, die unter dem Anspruch einer geistig-moralischen Erneuerung angetreten sind, durchaus nicht dem gerecht werden, was im Interesse demokratischer Wahrfähigkeit und des deutschen Ansehens in der Welt geboten ist."

Heinz Putzrath und die AvS haben noch viel zu tun. Wir wünschen ihm Kraft, Erfolg und gute Gesundheit.

(-/11. Dezember 1991/st/ks)

Modell Ostdeutschland - ein Zukunftsentwurf (Teil II und Schluß)
Acht Thesen für einen ökologieverträglichen Aufbau in den neuen Ländern

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

These 4: Breiter Bürgerdialog für qualitatives Wachstum

Es ist verständlich, daß die Erwartungshaltung der Mehrheit der Bevölkerung auf eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung gerichtet ist. Daher wird die Akzeptanz ökologisch angepaßter Aufbaukonzepte durch die Furcht vor Arbeitslosigkeit und durch zusätzliche soziale Defizite erschwert. Deshalb ist eine breite Informationskampagne erforderlich, die in Form eines Bürgerdialogs organisiert werden sollte. Sie muß Zusammenhänge darstellen und deutlich machen, daß innovative Produktionsformen, die Rohstoffressourcen schonen, weniger Fläche und Energie verbrauchen und weniger Schadstoffemissionen erzeugen, mittelfristig nicht nachteilig sind, sondern eher zu Wettbewerbsvorteilen führen und damit die Arbeitsplätze zukunftssicherer machen. Solche Produktionsformen werden weniger mit Abgaben belastet sein (Abwasserabgabe, CO₂-Abgabe, Abfallabgabe), die Betriebe werden weniger Zusatzkosten für Reinigungsanlagen aufwenden müssen und sie werden ihre Produkte im Lichte eines gestiegenen Umwelt- und Gesundheitsbewußtseins leichter auf dem Markt absetzen können. Das gilt nicht nur für industrielle Produkte, sondern auch für die Lebensmittelproduktion, für die Bauwirtschaft oder die Recyclingwirtschaft.

These 5: Umweltgerechte Raumplanung ist lebensnotwendig

Wenn die Gefahr vermieden werden soll, daß die ostdeutschen Länder durch verfehlte Strukturentscheidungen zu einer schlechten Kopie des Westens werden, müssen rasche Hilfen bei der Erstellung von gut durchdachten, umweltgerechten Raumordnungskonzepten gegeben werden. Der Zersiedelung der Landschaft und der Zerstörung von Erholungsgebieten kann nur vorgebeugt werden, wenn die Lebensbereiche in dezentralen Einheiten einander zugeordnet werden. Statt der im Westen üblichen Trennung aller Lebensbereiche - Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Schule, Sport, Freizeit -, die zu einem Übermaß an erzwungener Mobilität geführt hat, sollten gesunde Mischstrukturen geschaffen werden, die zu einer Stadtplanung der kurzen Wege führen. Vorrang müssen fußgänger- und kinderfreundliche Wohngebiete, die Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz, die Integration nichtstörender Arbeitsstätten, Einbeziehung der Nahversorgung et cetera haben. Zur Lebensqualität gehört ebenso die leichte Erreichbarkeit von Naherholungsräumen. Die mangelnde Unterstützung des Bundes macht es den neuen Ländern oft schwer, sich bei der Raumplanung gegen profitgierige Geschäftemacher zu schützen.

These 6: Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt

Die Wirtschaftsentwicklung der neuen Länder müßte bereits heute gezielt dort Schwerpunkte setzen, wo sich die besten Chancen im Blick auf den europäischen Binnenmarkt bieten. In diesen Rahmen muß sich nicht allein die Warenproduktion, sondern auch die Verkehrsstruktur der neuen Länder einpassen. Hier liegt für die Bundesrepublik als Transitland und für Ostdeutschland als Bindeglied zu Osteuropa eine der größten Herausforderungen. Bei einer prognosti-

zierten Verachtfachung des Straßengütertransports im Ost-West-Verkehr bis zum Jahre 2005 ist der totale Verkehrsinfarkt vorprogrammiert, wenn nicht ein integriertes Gesamtkonzept, das alle Verkehrsträger umfaßt, zugrundegelegt wird. Nationale Kurzsichtigkeit und ökologische Blindheit, wie sie der Bundesverkehrsminister an den Tag legt, könnte für Ostdeutschland noch vor der Jahrtausendwende fatale Folgen haben. Es ist keine Frage, daß in den neuen Ländern selbst ein großer Bedarf an Mobilität besteht, aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß dies mit einer einseitigen Bevorzugung des Straßenbaus aufgefangen werden kann. Die schnelle Modernisierung der Reichsbahn muß für den Personen- und insbesondere für den Gütertransport absolute Priorität erhalten. Elektrifizierung und Ausbau des Schienennetzes, voran der wichtigen Ost-West- und Nord-Süd-Achsen, der Bau großer Container-Umschlagplätze, die Schaffung einer entsprechenden Logistik et cetera sind unerlässliche Voraussetzungen, wenn die Wettbewerbsverzerrungen zwischen Schiene und Straße abgebaut werden sollen. Zusätzlich muß der Straßenverkehr mit den tatsächlichen Kosten belastet werden, die er verursacht, zum Beispiel durch eine Schwerverkehrsabgabe.

These 7: Berlin als ökologisches Stadtmodell

Berlin als künftige Hauptstadt wird die Nagelprobe dafür sein, ob wir in der Lage sind, ein ökologisch und sozial verträgliches Stadtmodell zu entwickeln, das auch in einem Ballungsraum noch hohe Lebensqualität gewährleistet. Die Negativbeispiele in den alten Ländern, wie etwa Rhein-Main oder Mittlerer Neckarraum, liefern genügend einschlägige Erkenntnisse - daraus sollten entsprechende Lehren gezogen werden. Es geht um nichts Geringeres als um die Durchbrechung eines Teufelskreises: steigende Verkehrsbelastung und Lärmüberflutung plus steigende Baulandpreise sowie Mieten vertreiben die Menschen aus dem Stadttinnern und bewirken eine Flucht "ins Grüne". Rege Bautätigkeit im Umland erzeugt wiederum ein steigendes Verkehrsaufkommen, zwingt zu vermehrtem Straßenbau und verschlechtert die Lebensbedingungen im Ring 1. Darauf folgt weitere Wohnsiedlungs- und Gewerbeverlagerung in Ring 2 (20 bis 40 km), mit denselben Konsequenzen. Stuttgart hatte schon Ende der 70er Jahre einen Pendleranteil im Autoverkehr von fast 40 Prozent. Ergebnis ist: Zersiedelung der Landschaft und Verödung der Innenstädte mit allen negativen Begleiterscheinungen.

Ein Regionalkonzept Berlin kann nur gemeinsam mit dem Land Brandenburg vorbereitet werden. Es sollte die beschriebenen Gefahren von vornherein vermeiden, indem es keine zentralistische Struktur mit Satellitenstädten anstrebt, sondern die Schaffung tragfähiger Lebensgemeinschaften mit allen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Naherholungsangeboten vorsieht - der einzige Weg, der zugleich die Schaffung einer Identität zwischen Bewohnern und ihren Lebensräumen ermöglicht.

These 8: Aufbaukonzept Ost als Zukunftsentwurf

Das Aufbaumuster in Ostdeutschland wird auch auf die übrigen osteuropäischen Länder ausstrahlen. Und mit Sicherheit wird es ebenso Rückwirkungen auf die alten Bundesländer haben.

Wenn der ökologische Aufbau im Osten und der ökologische Umbau im Westen Hand in Hand gehen, könnte ein Zukunftsentwurf geschaffen werden, der die Forderung nach einer ökologisch gerechten Erneuerung der Industriegesellschaft ein Stück voranbringt. Die Zeit drängt. Jetzt werden die Strukturen geschaffen, die die künftige Entwicklung über die Jahrtausendwende hinaus festlegen und die nicht mehr rückholbar sind. Wird die Chance der Erneuerung veräußert, so ist sicher, daß die ökologische Kostenrechnung in absehbarer Zeit höher sein wird als heute die soziale. Wird sie ergriffen, so könnte das Modell Ost exemplarischen Rang gewinnen - nicht nur für Europa, sondern für die Industrieländer insgesamt.

(-/11. Dezember 1991/st/ks)
